



**Martina Gedeck**  
Autokratische Inselchefin  
in „Helgoland 513“

**Medien**



**Viertelfinale**  
Gladbach zu Gast bei  
Pokalschreck Saarbrücken

**Sport**



**Oscar-Verleihung**  
Ein bisschen Hüllerwood  
in Hollywood

**Kultur**

Nummer 61

Städteregion Aachen

2,20 Euro

### HERZOGENRATH

#### HOT St. Gertrud muss endgültig schließen

**HERZOGENRATH** Immer wieder hat es in der Vergangenheit Engpässe um die Finanzierung des HOT St. Gertrud gegeben, das wöchentlich von mehr als 300 Kindern besucht wird. Jetzt aber scheint das endgültige Aus des beliebten, großartig ausgestatteten und für viele Kinder und Jugendliche aus der Stadtmitte wichtigen Jugendtreffs besiegelt. Zum einen finde sich kein Personal, heißt es. Zum anderen kürzt die Stadt Zuschüsse. Auch das Bistum hat ein Wort mitzureden. Was steckt dahinter? > **Lokales**

### WETTER



**9°** max  
Tag  
**7°** min  
Nacht

> Bunte Seite

Aktuelle Nachrichten aus der Region jederzeit online unter [aachener-zeitung.de](http://aachener-zeitung.de)

### KURZ NOTIERT

#### Chinas Volkskongress für höheres Militärbudget

**PEKING** Chinas Volkskongress hat zum Abschluss seiner diesjährigen Sitzung eine deutliche Erhöhung des Militäretats gebilligt. Wie erwartet stimmten die rund 2900 Delegierten in der Großen Halle des Volkes in Peking am Montag dem Haushalt zu, der in diesem Jahr eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 7,2 Prozent auf 1,67 Billionen Yuan (rund 214 Milliarden Euro) vorsieht. Bereits im Vorjahr waren Chinas Militärausgaben in gleicher Größenordnung erhöht worden. Der erneute kräftige Anstieg erfolgt vor dem Hintergrund der Drohungen der kommunistischen Führung gegenüber Taiwan. (dpa) > **Politik**

#### Kate entschuldigt sich für bearbeitetes Foto

**LONDON** Die britische Prinzessin Kate hat sich für die Veröffentlichung eines bearbeiteten Fotos von sich und ihren drei Kindern entschuldigt. „Wie viele Amateurfotografen experimentiere ich manchmal mit Bildbearbeitung“, erklärte die Frau des britischen Thronfolgers Prinz William am Montag im Onlinedienst X. Sie wolle sich „für jegliche Verwirrung entschuldigen“, die das am Sonntag vom Königshaus veröffentlichte Foto möglicherweise verursacht habe. Mehrere Nachrichtenagenturen hatten das Foto zuvor zurückgezogen. (afp) > **Welt**

### KONTAKT

#### Fragen zu Abo und Zustellung:

☎ 0241 5101-701  
🕒 Mo.-Fr. 6.30-17 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr  
✉ kundenservice@medienhausaaachen.de

#### Zentrale Medienhaus:

☎ 0241 5101-0  
🕒 Mo.-Fr. 7.30-17 Uhr  
[www.aachener-zeitung.de/kontakt](http://www.aachener-zeitung.de/kontakt)



### LETZTE GENERATION

## Schluss mit Kleber!

Als „Klimakleber“ haben Aktivisten der Letzten Generation Autofahrer blockiert. Jetzt steigen sie auf eine andere Taktik um. Für Samstag haben die Aktivisten neue Proteste angekündigt. Geplant seien „ungehorsame Versammlungen“. Mit Menschenmengen sollen Straßen blockiert werden. > **MEINUNG UND BLICKPUNKT**

FOTO: DPA



# Streiks bringen Familien ans Limit

Lokführer legen zum sechsten Mal die Arbeit nieder - und stoßen damit nicht nur Arbeitnehmer vor den Kopf. Vor allem Alleinerziehende leiden darunter. Nächster Streik droht im ÖPNV.

VON MAXIMILIAN PLÜCK, REINHARD KOWALEWSKY UND JANA MARQUARDT

**DÜSSELDORF** Die Streikwelle scheint kein Ende zu nehmen - und belastet viele Familien in NRW. Bereits zum sechsten Mal in den laufenden Tarifverhandlungen legen die Lokführer der Deutschen Bahn für 24 Stunden ihre Arbeit nieder, das Kabinenpersonal der Lufthansa streikt am Dienstag und Mittwoch - und an sechs Unikliniken in NRW zogen die Ärzte bereits am Montag in den Arbeitskampf. Zusätzlich verhandelt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) mit den öffentlichen Arbeitgebern in dritter Runde über einen NRW-Manteltarifvertrag. Das bedeutet: Ein weiterer Streik im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) droht. Denn derzeit lägen die Positionen „sehr weit auseinander“, sagte Verdi-Sekretär Peter Buedicker.

Ein neuer Verkehrsstreik wäre nicht nur für Arbeitnehmer ein „Schlag ins Gesicht“, wie der Vorsitzende des Fahrgastverbands Pro Bahn Detlef Neuß es ausdrückt, sondern auch für Eltern und ihre Schulkinder. „Wir begrüßen, dass auf der einen Seite Maßnahmen gegen die sogenannten Elterntaxis in unseren

Städten ergriffen werden, dies bedeutet aber auch, dass wir auf einen gut funktionierenden ÖPNV angewiesen sind“, sagte Oliver Ziehm, Vorsitzender der Landeselternschaft der Gymnasien NRW. Familien seien im Alltag ohnehin schon stark eingebunden - wenn dann Bahn oder Bus nicht führen, kämen die Eltern an ihre Belastungsgrenzen. „Die Geduld der Familien, gerade im Hinblick auf die Osterferien, ist langsam am Ende“, so Ziehm.

#### Schulpflicht gilt weiterhin

Auch Christian Beckmann, Vorsitzender der Landeselternkonferenz, sprach sich klar gegen erneute Streiks aus: „Es gibt so viele Kinder, die mehr als acht oder neun Kilometer von ihrer Schule entfernt wohnen - oder sogar noch weiter. Es ist untragbar, dass die jetzt unter den Arbeitsniederlegungen leiden müssen - schließlich gilt die Schulpflicht weiterhin“, sagte er. Das bestätigte auch das NRW-Schulministerium auf Anfrage: „Bei im Vorfeld angekündigten Ereignissen, wie einem Streik des öffentlichen Nahverkehrs, besteht auch weiterhin die Verpflichtung zur Teilnahme am Unterricht“, sagte ein Sprecher von

Ministerin Dorothee Feller (CDU). Eltern müssten deshalb dafür Sorge tragen, dass ihre Kinder zur Schule kommen. „Sollte einer Schülerin oder einem Schüler der Schulweg im Einzelfall nicht zumutbar sein, handelt es sich um entschuldigte Fehlzeiten“, so die Sprecherin. Vor allem alleinerziehende Eltern kommen wegen der Schulpflicht in die Bredouille: „Während andere einfach ins Auto wechseln oder ins Homeoffice gehen, fliegt Alleinerziehenden der sorgfältig konstruierte Alltag um die Ohren: Mehr als ein Drittel aller Alleinerziehenden hat kein Auto“, hieß es von einer Spre-

cherin des Landesverbands alleinerziehender Mütter und Väter in NRW. Die Streiks seien eine zusätzliche Herausforderung, die viele von ihnen ans Limit brächten.

Auch aufseiten der Arbeitgeber zeigte man sich verstimmt: Die NRW-Wirtschaft rief die Politik dazu auf, tätig zu werden. „Das seit Wochen anhaltende Streikgebaren der GDL ist nicht nur völlig unverhältnismäßig und überzogen, es schadet inzwischen auch der Akzeptanz der Sozialpartnerschaft in unserem Land“, sagte Johannes Pöttering, Hauptgeschäftsführer von Unternehmer NRW, unserer Zeitung. Die Schäden für die Wirtschaft seien immens. „Es wird jetzt höchste Zeit, über konkrete rechtliche Leitplanken für faire Streiks nachzudenken“, so Pöttering.

Zuvor hatte bereits die Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU NRW, Angela Erwin, eine Beschränkung des Streikrechts ins Spiel gebracht. Das sorgte für Kritik vonseiten der Opposition. Die Co-Vorsitzende der NRW-SPD, Sarah Philipp, sagte: „Es ist schlicht und ergreifend eine gezielte Attacke auf die Tarifautonomie und ein weiterer Versuch, die Gewerkschaften zu schwächen.“

> **Meinung und Blickpunkt**

### INFO

#### So geht es weiter

**Für das Lufthansa-Bodenpersonal** verhandelt Verdi am 13. und 14. März weiter, beim Kabinenpersonal gibt es noch keine neuen Verhandlungstermine.

**Bei der GDL** ist noch völlig offen, wann sich die Gewerkschaft wieder mit der DB an einen Tisch setzt.

# Mehr Arbeitnehmerrechte bei Onlineplattformen?

Taxifahrer oder Kurier, die über Onlineanbieter arbeiten, sind harten Bedingungen ausgesetzt - das könnte sich ändern.

**BRÜSSEL** Millionen Lieferdienst- und Taxifahrer großer Onlineplattformen können auf bessere Arbeitsbedingungen hoffen. Die EU-Staaten sprachen sich für neue Vorgaben aus, um etwa Scheinselbstständigkeit besser zu verhindern, wie die belgische EU-Ratspräsidentschaft am Montag mitteilte. Das Europaparlament muss dem Vorhaben noch zustimmen. Eine Mehrheit ist wahrscheinlich.

Den Angaben der EU-Staaten zufolge arbeiten knapp 30 Millionen Menschen in der Union als sogenannte Plattformarbeiter. Wenn künftig Indizien etwa für eine Kontrolle der Mitarbeiter vorliegen, wird den neuen Regeln zufolge angenommen, dass sie Beschäftigte und keine Selbstständigen sind. Die Beweis-

pflicht liege bei den Plattformen - sie müssten beweisen, dass kein Beschäftigungsverhältnis bestehe. Beschäftigte können auch besseren Zugang zu Bezahlung bei Krankheit, Leistungen bei Arbeitslosigkeit oder Einkommensunterstützung erhalten.

Zudem soll verboten werden, dass automatisierte Überwachungs- oder Entscheidungsfindungssysteme bestimmte Daten verwenden. Dazu zählen biometrische Daten oder emotionale oder psychologische Zustand von Mitarbeitern.

Zu höheren Preisen bei den Kundinnen und Kunden soll die neue Richtlinie zumindest bei Essenslieferant Lieferando nicht führen. Das Unternehmen stelle bereits alle Fahrer regulär an, „mit allen entsprechenden Bezügen und Rechten für die Beschäftigten“, teilte Lieferando jüngst

mit. „Dementsprechend halten wir die Richtlinie für kostenneutral umsetzbar.“

Eigentlich hatten sich Unterhändler der EU-Staaten und des Parlaments bereits zweimal auf einen

Kompromiss geeinigt. Die Deals platzen aber wieder, es brauchte weitere Gespräche. Dabei war es vor allem schwierig, innerhalb der EU-Staaten eine Mehrheit zu finden, was auch an der Bundesregierung scheiterte.

#### Uneinigkeit in Bundesregierung

Berlin enthielt sich bei der Entscheidung am Montag, weil es unterschiedliche Ansichten zu dem Vorhaben gibt. So hatten sich vor allem FDP-Vertreter gegen das Gesetz ausgesprochen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Johannes Vogel bezeichnete die vorgesehenen Plattformregeln jüngst als „einen Angriff auf alle Selbstständigen in Europa“. Die Initiative der Kommission gehe daher nicht zu weit, sondern in die

## Beide Brücken auf der A544 kosten 80 Millionen Euro

**AACHEN** Mit Kosten von 80 Millionen Euro plant die Autobahn GmbH beim Bau der beiden maroden Brücken auf der A544. 70 Millionen Euro soll demnach die Haarbachtalbrücke kosten, der Bau der kleineren Brücke direkt nebenan über die Straße „Auf der Hüls“ knapp zehn Millionen Euro. Beide werden vom Baukonsortium Amand/Mostostal gebaut. Auf Anfrage teilte ein Verantwortlicher der Autobahn GmbH mit, dass das Konsortium den Zuschlag für die Haarbachtalbrücke erhalten hätte, weil es sich vertraglich verpflichtet hätte, schneller als zunächst projiziert zu bauen. Damit würde die Vollsperrung der A544, die seit 15. Januar 2024 greift, kürzer als 22 Monate dauern. (cs)

> **Region & NRW**

## E.Go-Pleite: Gewerkschaft sieht Managementfehler

**AACHEN** Nach der Pleite des Aachener E-Mobileherstellers e.Go laufen die Rettungsversuche für die Firma mit rund 300 Beschäftigten. E.Go hatte Freitag Insolvenz angemeldet. Die IG Metall erklärte, sie werden mit dem Betriebsrat den Insolvenzverwalter unterstützen. „Die Schuld für diese Situation kann man nicht beiden Beschäftigten suchen. Sie liegt beim Management“, so Gewerkschafter Boris Weinstein. Insider stellen sich indes die Frage, wo die ganzen Millionen hin sind, die beim Börsengang gesammelt wurden. (stm/pa)

> **Wirtschaft**

## AfD klagt gegen Einstufung als Verdachtsfall

**DÜSSELDORF** Der Verfassungsschutz führt die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall - nun entscheidet das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster über die Frage, ob diese Einstufung Bestand hat. Am heutigen Dienstag beginnt die auf zwei Tage angesetzte mündliche Verhandlung, an deren Ende eine Entscheidung erwartet wird. In den insgesamt drei anhängigen Berufungsverfahren geht es auch um die Einstufung der AfD-Jugendorganisation. (afp) > **Region**



30 Millionen Menschen sind in der EU als Plattformarbeiter tätig. Sie sollen mehr Rechte bekommen. FOTO: DPA